



HANDLUNGSKONZEPT ENERGIE UND KLIMASCHUTZ GEMEINDE MÖSER

Exposee

Das Handlungskonzept fasst die wichtigsten Ergebnisse des Klimaschutzkonzepts zusammen und beschreibt Schlüsselmaßnahmen des kommunalen Klimaschutzes und der Energiepolitik.

Udo Schmermer
udo.schmermer@klimakommunal.de

Einleitung

Kommunale Energie- und Klimaschutzpolitik ist, durch allgemeine politische Vorgaben und Ziele zur Minderung der Treibhausgasemissionen, durch die Preisentwicklungen für Energie, vor allem aber durch absehbare Folgen des Klimawandels sowie durch zahlreiche Änderungen in vielen Gesetzen und Verordnungen zu einem wichtigen Themenbereich der Kommunen geworden.

Auch wenn der direkte Energieverbrauch des kommunalen Sektors (kommunale Liegenschaften, der Straßenbeleuchtung, der Wasser- und Abwasserbehandlung, Abfallbehandlung) vergleichsweise zum Verbrauch der privaten Haushalte, der Wirtschaft und des Verkehrs in der Gemeinde nur einen geringen Anteil hat, ist er ein Kostenfaktor des kommunalen Haushalts und der Umlage von Gebühren auf die Bürger.

Darüber hinaus sind **Kommunen sind zentrale Akteure der Energiewende** und in der Pflicht, den Anforderungen der Energiewende gerecht zu werden. Unter anderem zur:

- **Kostensenkung** bei den kommunalen Liegenschaften und Anlagen
- Förderung regionaler, **dezentraler Energieerzeugung** vor allem aus erneuerbaren Energieträgern
- Schaffung **regionaler Wertschöpfung**
- **Information** und Unterstützung von Bauherren und Eigentümern von Gebäuden sowie der Unternehmen bei der sicheren und kostengünstigen Energieversorgung
- Gestaltung politischer Prozesse der Partizipation und der **nachhaltigen Entwicklung der Gemeinde**.

Kommunen nehmen diese Aufgaben in unterschiedlichen Bereichen bzw. Rollen wahr, die jeweils spezifische Handlungsoptionen haben:

- im Rahmen der **internen Organisation der Verwaltung**, durch die Bereitstellung personeller und finanzieller Ressourcen und die entsprechende Gestaltung der Verwaltungsprozesse
- bei der Ausgestaltung der **Aufgaben der Daseinsvorsorge**, u.a. durch die kommunale Beteiligung an Unternehmen und Zweckverbänden
- der Umsetzung des **Ordnungsrechts**, z.B. bei Baurecht, der Bauleitplanung und dem Erlass von Satzungen,
- durch die **kommunale Politik**, bei der **Kooperation** mit lokalen und regionalen Akteuren und der **Koordination und Steuerung** von Projekten und Prozessen sowie der **Kommunikation** von Zielen und Informationen und der **Gestaltung partizipativer Prozesse**.

Ziele des kommunalen Klimaschutzes

Das zentrale Ziel der Umsetzung des Klimaschutzkonzepts ist die Reduzierung der Emission von Treibhausgasen.

Deshalb sind die vorgeschlagenen Maßnahmen an folgenden Zielen orientiert:

- Vermeidung von Energieverbrauch und von Verlusten
- Steigerung der Energieeffizienz
- Substitution fossiler Energieträger durch erneuerbare Energie
- Stärkung des Anteils des Umweltverbundes in der Mobilität

Handlungskonzept Klimaschutz Gemeinde Möser

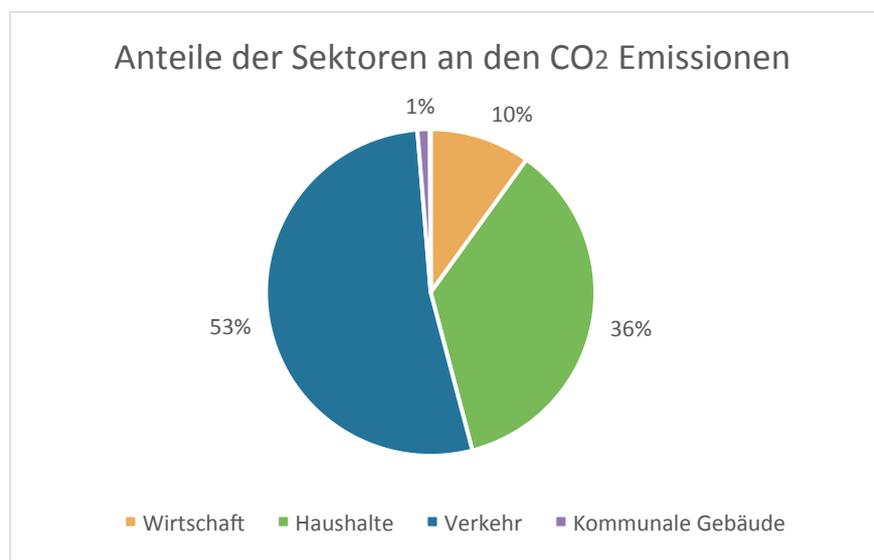
Gleichzeitig sollen auch die regionale Wertschöpfung und die Nutzungsgrad regionaler Ressourcen erhöht werden. Die Versorgungssicherheit soll gewahrt und der Komfort der Energienutzung soll bei niedrigen Energiepreisen gesteigert werden

Diese Ziele sind nicht konfliktfrei zu erreichen.

Ausgangssituation

Durch den Energieverbrauch in den Sektoren Private Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistung und den Verkehr trägt die Gemeinde mit fast 50.000 t CO₂¹ im pro Jahr zum globalen Klimawandel bei. Das sind pro Einwohner ca. 6 t CO₂ im Jahr. Zur Veranschaulichung, das entspricht 3.340 m³ pro Einwohner jährlich, einem Würfel mit fast 15 m Kantenlänge.

Die größten Anteile haben der Verkehr und die privaten Haushalte, während die Wirtschaft unterdurchschnittlich vertreten ist. In den letzten Jahren sanken die Emissionen bereits um fast 2 % jährlich.



Im Jahr 2014 betrug der Primärenergieverbrauch 210.833 MWh, wobei auch hier eine leicht sinkende Tendenz erkennbar ist. Dies entspricht rund 26 MWh pro Einwohner.

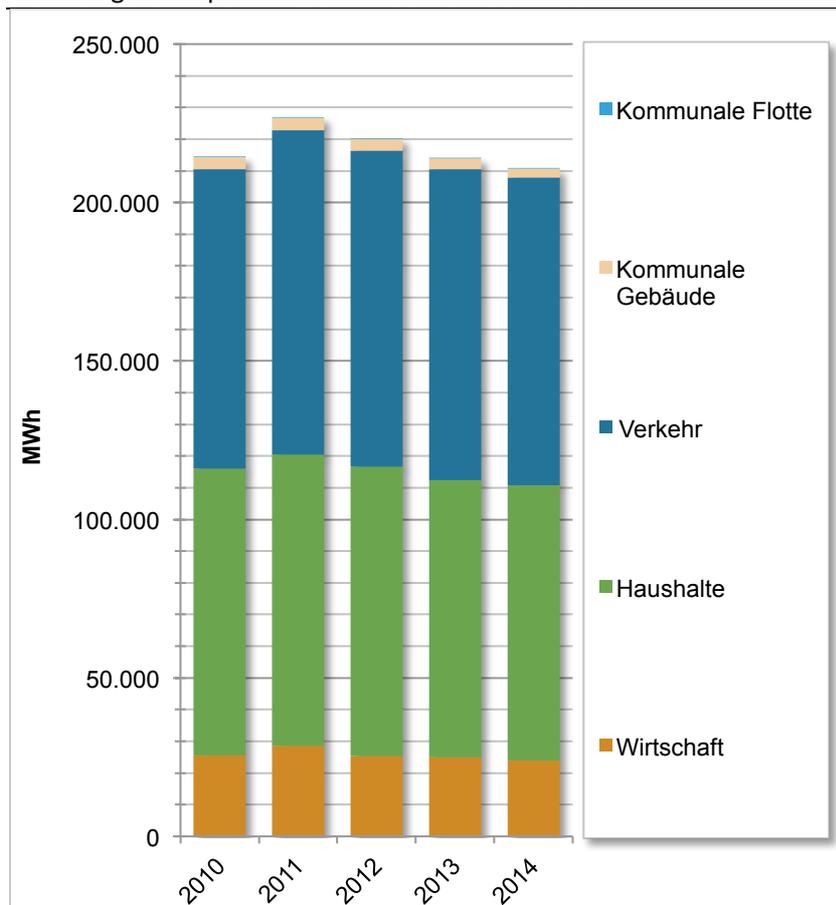
Rund 90 % des Wärmebedarfs und nahezu vollständig der Kraftstoff für die Mobilität werden aus fossilen Energieträgern erzeugt.

Positiv ist zu bewerten, dass bei einem geringfügig sinkenden Stromverbrauch (19.455 MWh im Jahr 2014) bereits heute auf Gemeindegebiet fast 50.000 MWh Strom aus erneuerbaren Energien produziert wird, d.h. 2,5 mal mehr erzeugt, als lokal verbraucht wird. Das entspricht einer Vermeidung von ca. 24.000 t CO₂ pro Jahr.

Die EEG Einspeisevergütung für diesen Strom trägt zur regionalen Wertschöpfung bei und beträgt rund 3,6 Mio. € jährlich (2014).

Nur 10 % des Wärmebedarfs werden aus erneuerbaren Energien erzeugt, vor allem durch Holz mit 6 % Anteil, während Solarthermie und Umweltwärme bisher kaum eine Rolle spielen.

¹ die Treibhausgase: Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Distickstoffoxid (Lachgas, N₂O), teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKW/HFC), perfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKW/PFC), Schwefelhexafluorid (SF₆) und Stickstofftrifluorid (NF₃) werden in CO₂ Äquivalenten ausgewiesen.



Szenarien und Potenziale

Um im Jahr 2050 das Ziel von einer 1 t CO₂ pro Einwohner und Jahr zu erreichen, müssten die Emissionen bereits bis zum Jahr 2020 um 12 % gegenüber heute reduziert werden und um 35 % bis 2030.

Erreichbar sind diese Ziele nur bei deutlicher Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien und einer erheblichen Reduktion des spezifischen Energieverbrauchs z.B. durch umfangreiche energetische Gebäudesanierung, die allerdings außerhalb des Einflussbereichs der Gemeinde liegt.

Viele der vorhandenen Heizungsanlagen wurden Mitte der 90'iger Jahre eingebaut und entsprechen dem damaligen technischen Standard. Durch die in den nächsten Jahren erforderliche Erneuerung der Anlagen ist eine CO₂-Einsparung von 18 % zu erwarten. Dabei entsteht die größte Einsparung durch den teilweisen bzw. vollständigen Ersatz der Energieträger Heizöl, Braunkohle und Flüssiggas zu Gunsten des Einsatzes von Holz (Scheitholz/Hackschnitzel/Pellets) als regenerativen Brennstoff und durch den Ersatz konventioneller Kessel durch Brennwerttechnik.

Der mit dem Anlagenersatz eintretende wirtschaftliche Effekt, im Sinne einer Energie- respektive Energiekosteneinsparung, beläuft sich auf rund 2.660 Megawattstunden bzw. rund 160.000 € pro Jahr.

Große Potenziale liegen vor allem in der Nutzung der solaren und Umweltwärme für die Gebäudeheizung und die Nutzung von elektrischer Energie für die Mobilität. Die Energieerzeugung aus Biomasse ist ein weiterer wichtiger Faktor, vor allem für die ländlich geprägte Region.

Allein 20 % des Stromverbrauchs könnten durch Photovoltaik und 16,6 % des Wärmeverbrauchs könnten durch Solarthermie auf den Dächern gedeckt werden, erreicht werden z.Z. 3,6 % bzw. 2 %.

Handlungskonzept Klimaschutz Gemeinde Möser

Durch die oberflächennahe Geothermie ließen sich im Untersuchungsgebiet etwa die Hälfte des Wärmebedarfs decken, wobei mit 0,27 % nur ein Bruchteil durch bereits vorhandene Anlagen ausgeschöpft ist

Die Kraftwärmekopplung durch die Nutzung von Erdgas für die Erzeugung von Strom und Wärme ist eine Brückentechnologie, die dennoch an Bedeutung gewinnt, langfristig aber einer Umstellung auf Bio- bzw. Synthesegas bedarf.

Weitere Potenziale werden sich aus anzunehmenden technologischen Entwicklungen und Veränderungen in der Wirtschaftlichkeit und der gesetzlichen Rahmenbedingungen ergeben.

Leitbild

Ein Leitbild kommunaler Energie- und Klimaschutzpolitik, dass den Bürgern, insbesondere aber der kommunalen Politik und der Verwaltung Orientierung und Motivation gibt, dass identitätsstiftend ist und von einer nachhaltigen Gestaltung der Zukunft ausgeht, ist ein zentrales Moment des vorliegenden Handlungskonzepts.

Der Leitbildentwurf ist als Anlage zur Beschlussfassung beigelegt. Im Leitbild werden für alle Handlungsfelder strategische Ziele definiert.

Schlüsselmaßnahmen

Das Klimaschutzkonzept der Gemeinde Möser stellt die Ausgangsbedingungen, die Potenziale und die durch die Umsetzung verschiedener Maßnahmen und abschätzbarer Entwicklungen der Rahmenbedingungen erreichbarer Einsparungen von Treibhausgasemissionen dar.

Es gibt dabei einen Handlungsrahmen bis zum Jahr 2030 vor. In einigen Eckdaten gehen die Szenarien ausgehend von einer Zieldefinition einer bis 2050 nahezu karbonisierten Wirtschaft auch darüber hinaus.

Die Planung konkreter Maßnahmen konzentriert sich dagegen zwangsläufig auf die in den nächsten Jahren umzusetzenden bzw. dauerhaft zu etablierenden Maßnahmen wie beispielsweise die nachhaltige Beschaffung durch die Verwaltung.

Im Folgenden werden zunächst **Schlüsselmaßnahmen** benannt, die sowohl die direkten Handlungsoptionen bei der Organisation der Verwaltung, als auch die Lenkung und Steuerung in den anderen o.g. Bereichen betreffen.

Des Weiteren wird im Klimaschutzkonzept zusätzlich ein umfassender Maßnahmenkatalog mit **weiteren Projektvorschlägen** vorgelegt, der künftig gleichzeitig als Planungs- und Controlling Instrument genutzt wird.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen und Projekte sind unterschiedlichster Art, es sind:

- strukturierende Maßnahmen, die die Grundlagen für die Umsetzung von Klimaschutz in der Kommune herstellen, wie die Bereitstellung von personellen und finanziellen Ressourcen sowie die Definition der Zuständigkeiten
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und Information, sowie der Bewusstseinsbildung und Weiterbildung
- Projekte, die die Kommune als neutraler Moderator durch die Vernetzung der Akteure erschließt
- Anregungen, die den Klimaschutz in der Ausgestaltung des Ordnungsrecht (Raumordnung, Bauleitplanung, Baurecht, Naturschutz, Denkmalschutz) berücksichtigen

- Standards bzw. Rahmenbedingungen, die die Politik für die Verwaltung festlegt
- die die Finanzierung von Projekten und die direkte Förderung von technischen Maßnahmen betreffen (auch durch die aktive Nutzung von Förderprogrammen von Bund und Land)

Zur Umsetzung der einzelnen Maßnahmen und für die Bereitstellung der finanziellen Mittel sind in der Regel eigenständige Beschlüsse des Gemeinderats erforderlich.

Von der Umsetzung dieser Schlüsselmaßnahmen sind viele andere Vorhaben direkt abhängig.

Im Integrierten gemeindlichen Entwicklungskonzept der Gemeinde Möser sind vielfältige Ziele und Maßnahmen aufgeführt die einen direkten Bezug zum Thema haben, z.B. das Radwegkonzept, die Gestaltung der Verkehrswege, der regionalen Versorgung und zur Entwicklung der Infrastruktur.

Ohne diese im Einzelnen im Klimaschutzkonzept zu wiederholen, sollte die Umsetzung dieser Maßnahmen vorangetrieben werden, da sie den mit dem Klimaschutzkonzept verbunden Zielen einer nachhaltigen Gemeindeentwicklung entsprechen.

Energiemanagement der kommunalen Liegenschaften und der Straßenbeleuchtung

Für den direkten kommunalen Energieverbrauch in den kommunalen Liegenschaften, der Straßenbeleuchtung und dem Fuhrpark ist ein systematisches Energiemanagement einzuführen. Durch mindestens monatliches Monitoring der Verbräuche (Strom, Wärme, Wasser), die zeitnahe Auswertung und der Vergleich mit Kennzahlen ist ein Controlling zu etablieren, bei dem Abweichungen rasch erkannt werden und ebenso rasch darauf reagiert werden kann. Durch das Energiemanagement sind Maßnahmen zu ergreifen, die eine kontinuierliche Reduktion der Energieverbräuche und der -kosten sowie der Reduktion von THG Emissionen dienen. Durch die Ableitung von Einsparpotenzialen und die Untersuchung der Gebäude mit der schlechtesten Energieeffizienz ist ein Sanierungsfahrplan für die Gebäude zu erstellen, bei dem die energetische Ertüchtigung eine zentrale Rolle einnimmt.

In das Energiemanagement sind die Nutzer regelmäßig einzubeziehen, indem Informationen zum Energieverbrauch vermittelt, auf Einsparmöglichkeiten hingewiesen und ein entsprechendes Verhalten unterstützt wird.

Es sind regelmäßig Energieberichte zu erstellen über die einmal jährlich dem Gemeinderat zu berichten ist. Eine Zusammenfassung der jährlichen Energieberichte ist zu veröffentlichen, um damit die Vorbildrolle der Gemeinde zu unterstreichen.

Zur Umsetzung diese Maßnahme sollte eine Energiemanagementsoftware eingeführt und der Einbau von Zählern mit Datenfernübertragung und kontinuierlicher Überwachung bei den Großverbrauchern eingeführt werden.

Nachhaltige Beschaffung

Die Gemeinde erstellt Beschaffungsrichtlinien, die Nachhaltigkeitsaspekte, insbesondere den Energieverbrauch und dem Klimaschutz bei Herstellung, Gebrauch und Entsorgung von Produkten berücksichtigen, insbesondere für

- Einkauf von Energie, z.B. zertifizierter Ökostrom, Biogas
- Computer, Drucker, sonstige IT – Geräte
- Fahrzeugen
- Büromaterialien
- Büroausstattung und -möbel
- Beleuchtung
- Gebäudereinigung

- Lebensmittel (Getränke, Catering)
- Streugut für den Winterdienst

Die direkte Vermeidung von Treibhausgasemissionen aber auch die Vorbildwirkung der Gemeinde sind hier entscheidend, zudem wirkt die nachhaltige Beschaffung marktbeeinflussend je mehr Kommunen sie konsequent anwenden.

Es soll im Rahmen dieser Maßnahme ein Katalog für Standards im Beschaffungswesen erarbeitet werden. Der Katalog soll für zukünftige Beschaffungsmaßnahmen als Handreichung dienen um u.a. auf Verbrauchsreduzierung, höhere Energieeffizienz, Verwendung nachwachsender Rohstoffe und Recyclingprodukte in diesem Bereich abstellen.

Basierend darauf verpflichtet ein Beschluss des Gemeinderats oder eine Dienstanweisung zum generellen Einsatz bzw. Einkauf von energieeffizienten und umweltfreundlichen Gütern und die Berücksichtigung von Lebenszykluskosten und Entsorgungsaufwand bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung.

Öffentlichkeitsarbeit

Eine aktive und zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit ist notwendig, um viele Menschen zu erreichen und zu gewinnen, um Informationen zu vermitteln, um sie an Entscheidungen zu beteiligen - auch um Ziele und Erfolge darzustellen und. Öffentlichkeitsarbeit ist vor allem dann erfolgreich, wenn sie kontinuierlich, systematisch, strategisch und bewusst eingesetzt wird.

Es geht nicht nur über gutgetanes zu reden, sondern Kommunikation ist ein wesentlicher Teil kommunaler Energie und Klimaschutzpolitik. Sie muss ebenfalls personell und mit Fachexpertise unteretzt werden.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit zum Thema sind u.a. folgende Aufgaben zu lösen:

- Bereitstellung von Informationen auf der kommunalen Webseite, z.B. die Einbindung von Energiespartipps und Hinweisen zu Förderprogrammen für verschiedene Zielgruppen (wie Privathaushalte, Mieter, selbstgenutztes Wohneigentum, Wirtschaft)
- der regelmäßige Bezug zum Thema in Pressemitteilungen und -gesprächen und bei Veröffentlichungen in regionalen Printmedien
- Berichte über durchgeführte und geplante Projekte der Gemeinde
- die Durchführung von Veranstaltungen, z.B. Themenabenden, Energiestammtisch
- Die Bereitstellung von Publikationen

Veranstaltungen wie beispielweise der regionale Markttreff dienen primär dem Verkauf regionaler Produkte. Sie bieten darüber hinaus regionalen Anbietern die Möglichkeit mit potenziellen Kunden, Geschäftspartnern und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Diese Chance sollten auch regionale Dienstleister, zivilgesellschaftliche Organisationen und Vereine und die Kommunalpolitik regelmäßig nutzen.

Die interessierten Bürger, die beispielsweise an den Themenabenden teilgenommen oder Beratungsangebote wahr genommen haben, andere Akteure in der Gemeinde (Handwerk, Wirtschaft) sind miteinander zu vernetzen, der gezielte Informationsaustausch ist zu fördern, z.B. durch Newsletter mit Nachrichten und Mitteilungen mit regionalen und teilweise überregionalen Bezug zum Thema.

Einige dieser Maßnahmen wurden während der Erstellung des Klimaschutzkonzepts schon begonnen, ein erweitertes Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit ist im Klimaschutzkonzept erhalten.

Projekte zum Klimaschutz in Schulen und Kitas

Kinder stehen technischen und gesellschaftlichen Themen wie Energieerzeugung und Klimawandel in der Regel aufgeschlossen gegenüber. Durch die Vermittlung von Wissen zu dem Bereich werden in der Regel auch die Eltern und Familien erreicht. Damit die Initiierung und Durchführung von entsprechenden Projekten gelingt, ist das Einbeziehen der Lehrer, Erzieher und Eltern sogar erforderlich. Beispielhaft gibt es viele derartige Projekte für alle Schultypen und selbst für die Kitas.

Mit Umsetzung von Schulprojekten besteht auch Möglichkeit zur Einbeziehung der Nutzer in die Energieeinsparung der Gebäude, wodurch in der Regel Einsparungen von 5 -10 % möglich sind. Möglichkeiten für solche Projekte sind neben Projektwochen, Exkursionen oder die Thematisierung im Unterricht auch fifty/fifty Projekte, d.h. das Aufteilen der eingesparten Mittel zwischen Gemeinde und Schule, Energiesparwettbewerbe oder ähnliche Modelle, bei denen eine direkte und dauerhafte Motivation zur Energieeinsparung erhalten bleibt.

Durch den geplanten Um- und Neubau des Schulkomplexes Möser werden diese Projekte umso bedeutsamer, da sie die komplexer werdende Energiebereitstellung einer auf dem Niveau eines Niedrigenergiehauses (bzw. Passivhausbauweise) errichteten Schulgebäudes vermitteln und helfen dessen Potenziale zu nutzen.

Schulkomplex

Die Gemeinde ist trotz der prognostizierten demografischen Reduzierung der Einwohnerzahl und der Verschiebung in der Altersstruktur in der Situation das die Grundschule zu klein ist. Deshalb sind eine Sanierung und der Umbau des alten Grundschulgebäudes und die Erweiterung durch einen Neubau geplant. Die grundlegenden Planungen liegen vor und es wurden Förderanträge in verschiedenen Programmen gestellt.

Beim Um- und Neubau der Grundschule ist ein auf den gesamten Schulkomplex bezogenes Energiekonzept zu verfolgen und eine Zentralisierung der Energieversorgung anzustreben. Der Bau ist in Abhängigkeit von der zugrundeliegenden Förderung auf einem bestmöglichen energetischen Standard zu planen und auszuführen (beispielsweise Zero-Emission, der ab 2019 für öffentliche Neubauten grundsätzlich gelten soll)

Energiepark Körbelitz

Mit der Errichtung einer großen Freiflächen Photovoltaikanlage auf dem **Gelände der MAS** in Körbelitz wird sich die Menge des lokal produzierten Stroms deutlich erhöhen.

Darüber hinaus besteht das Potenzial in den Abfallbehandlungsanlagen auch Biomasse energetisch zu verwerten (Grünschnitt, Abfälle der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion, Bioabfälle). Dadurch besteht die Möglichkeit einer Wärmeversorgung der Ortschaften Körbelitz und eines Teils von Möser zu erreichen. Technische Voraussetzung wäre der Bau einer Gasleitung von der Biogasanlage zu einem verbrauchernahen Heizhauses mit Blockheizkraftwerken zur Wärme und Stromproduktion, sowie eines Nahwärmenetzes zu den Verbrauchern. Dies können neben den kommunalen Gebäuden auch Wohngebäude und Unternehmen sein, insbesondere solche, die einen Wärmebedarf auch außerhalb der Heizperiode haben.

Vor allem muss dazu eine Vertriebsstruktur z.B. in Form eines Gemeindewerkes gefunden und es müssten genügend Abnehmer gebunden werden um die Investition langfristig sichern zu können.

Eine Machbarkeitsstudie in Form eines energetischen Quartierskonzepts wäre eine notwendige planerische Grundlage zur Wirtschaftlichkeitsberechnung und zur Prüfung inwieweit eine Verknüpfung zwischen Wärme und Stromproduktion und gegeben falls eines Wärmespeichers möglich ist.

Grundsätzlich stehen für den Bau eines Nahwärmenetzes Förderprogramme zur Verfügung.

Erschließung des Schießplatzes Körbelitz zur Biomasseerzeugung

Das Gelände des ehemaligen Schießplatzes steht trotz der teilweise erfolgten Munitionsberäumung langfristig nicht als landwirtschaftliche oder zu anderen Zwecken nutzbare Fläche zur Verfügung. Planerisch ist sie als Vorrangfläche für Natur- und Landschaftsentwicklung vorgesehen. Eigentümer ist der Bund jedoch könnte sich die Gemeinde das Gelände übertragen lassen.

Prinzipiell wäre sie als Konversionsfläche auch für Freiflächen Photovoltaikanlagen und sogar als Standort für Windenergieanlagen geeignet, da das Gelände zur Wahrung des Abstands ausreichend von Siedlungen entfernt ist. Eine derartige Nutzung ist im gerade in Überarbeitung befindlichen Regionalplan jedoch nicht vorgesehen.

Die bei der Erhaltungspflege anfallende Biomasse sollte zur Produktion von Holzhackschnitzeln genutzt werden die lokal auch energetisch genutzt werden.

Ausbau erneuerbarer Energien (Strom)

Ein weiterer Ausbau der Kapazitäten zu Erzeugung von Strom aus erneuerbarer Energie ist grundsätzlich anzustreben. Im Bereich der Stromerzeugung aus Photovoltaik sind neben den genannten Projekten in Körbelitz weitere geeignete Freiflächen, z.B. entlang der Autobahn, auszuweisen.

Mit geringerem Flächenverbrauch sollte jedoch die dezentrale Erzeugung auf Dächern zum Eigenverbrauch einen Vorrang erhalten. Da die Gemeinde darauf kaum Einfluss nehmen kann sind entsprechende Informations- und Beratungsangebote für selbstgenutztes Wohneigentum aber auch für Unternehmen zu entwickeln bzw. auszubauen.

Sofern das zukünftige Entwicklungen im Energierecht die Direktvermarktung von Strom an Endkunden vereinfacht, bzw. mit der Gründung von Gemeindewerken oder andere Betreibermodellen als Vertriebsstruktur für regionalen Strom geschaffen werden, sollten diese Möglichkeiten für einen lokalen Verbrauch des auf Gemeindegebiets erzeugten Strom genutzt werden.

Ausbau erneuerbarer Energien (Wärme)

Neben den o.g. Projekten zur Nahwärmeversorgung sind solche Maßnahmen zu unterstützen, die eine stärkere Nutzung der Potenziale aus regionalem Holz, der Solar- und Umweltwärme in den Gebäuden fördern.

Auch hier kann die Gemeinde wenig Einfluss darauf nehmen, wer welche Brennstoffe nutzt, sie kann aber entsprechende Informations- und Beratungsangebote für selbstgenutztes Wohneigentum aber auch für Unternehmen entwickeln bzw. ausbauen.

Zusätzlich zur Holzgewinnung durch bessere Erschließung des Kommunalwaldes (in der Regel Restholz), sollte Holz aus Baum- und Heckenschnitt, der bisher kompostiert wird, künftig anteilig auch energetisch verwertet werden und gegebenenfalls auch Randertragsstandorte für Kurzumtriebsplantagen entwickelt werden.

Im Rahmen von Wohnungsbauprojekten sollten die Möglichkeiten einer zentralen solaren Wärmeversorgung mit entsprechenden Langzeitspeichern geprüft werden.

Klimaschutz in der Bauleitplanung, Flächennutzungsplan

Die Gemeinde hat nach ihrer Zusammenlegung bisher keinen Abgleich der für einige Ortschaften vorhandenen Flächennutzungspläne durchgeführt und bisher keinen Aufstellungsbeschluss für einen

Handlungskonzept Klimaschutz Gemeinde Möser

einheitlichen FNP gefasst. Dadurch fehlen Grundlagen für die Gemeindeentwicklung auch hinsichtlich der Themen Verkehr, Energie, Klimaschutz und Folgen des Klimawandels. Obwohl das IGEK hier Entwicklungsziele formuliert, besitzen diese baurechtlich keine Verbindlichkeit.

Auch in der verbindlichen Bauleitplanung bei der Aufstellung von Bebauungsplänen fehlen bis auf Einzelfälle die Aspekte der Energieversorgung und des Klimaschutzes bzw. der Folgen des Klimawandels.

Es ist wird empfohlen einen Flächennutzungsplan unter Berücksichtigung der genannten Themenbereiche aufzustellen. Gegebenfalls ist eine Landschaftsplanung als ökologische Grundlage für einen Flächennutzungsplan vorzuschalten, der die Zielsetzungen für Freiflächen in den Ortslagen (z. B. Zweckbestimmungen für Brachflächen), die Ausdehnung und Grenzen der Siedlungstätigkeit, die Entwicklungsziele für Natur und Landschaft (z. B. Ausgleichsflächen, Rad- und Wanderwege, Bepflanzungsmaßnahmen), besonders erhaltenswerte Teile von Natur und Landschaft (z. B. Vorrangflächen für Naturschutz) ausweist.

Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen (ebenso bei anderen baurechtlichen Instrumenten wie bspw. Gestaltungsatzungen) sind regelmäßig Aspekte der Energieversorgung und des Klimaschutzes aufzunehmen, bzw. zumindest zu prüfen.

Klimaschutzmanager

Kommunaler Klimaschutz sollte keineswegs nur als zusätzliche Aufgabe der Verwaltung verstanden werden, sondern sie betrifft in großen Teilen die Art und Weise wie bestimmte Prozesse gestaltet werden, wo Prioritäten gesetzt werden und welche kommunalpolitischen Ziele verfolgt werden.

Dennoch bedingt die Einführung und die Gestaltung dieser Prozesse auch personelle und finanzielle Ressourcen und spezifisches Wissen und Erfahrungen.

Das Bundesumweltministerium fördert deshalb die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle eines Klimaschutzmanagers in der Gemeindeverwaltung sofern ein Klimaschutzkonzept mit einer entsprechenden umsetzungsorientierten Maßnahmenplanung vorliegt.

Vorbehaltlich der Bewilligung der Förderung soll für drei Jahre einen Klimaschutzmanager*in eingestellt werden, der die Umsetzung der Maßnahmen des Klimaschutzkonzepts vorantreibt und unterstützt und dabei auch nachhaltige Umsetzungsstrukturen etabliert wie z.B. ein Energieteam, spezifische Arbeitsgruppen schafft und leitet, die Maßnahmenumsetzung koordiniert und kontrolliert und die Energiebilanz fortschreibt.

European Energy Award (eea)

Mit European Energy Award (eea)² werden die Energie- und Klimaschutzaktivitäten einer Kommune erfasst, bewertet, geplant, gesteuert und regelmäßig überprüft, um Potenziale der nachhaltigen Energiepolitik und des Klimaschutzes identifizieren und nutzen zu können. Damit wird ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess für eine nachhaltige Energie- und Klimaschutzpolitik etabliert.

Vorteile des eea sind:

- Etablieren eines dauerhaften Verbesserungs-Prozesses
- maßnahmen- und umsetzungsorientiert
- messbare Ergebnisse mit qualitative und quantitative Indikatoren

² Der European Energy Award ist ein internationales Qualitätsmanagementsystem und Zertifizierungsverfahren, das bereits seit mehr als zehn Jahren zahlreichen Kommunen in Deutschland (über 300) und Europa (mehr als 1.350) bei der kommunalen Energie- und Klimaschutzpolitik unterstützt.

Handlungskonzept Klimaschutz Gemeinde Möser

- die Vergleichbarkeit und der Benchmark mit Anderen
- der Austausch mit Gleichgesinnten im eea Netzwerk
- die Unterstützung der Kommune durch einen externen Fachexperten und Moderator

Die Gemeinde führt das Managementsystem European Energy Award auch zur Umsetzung des Klimaschutzkonzepts ein. Der einzustellende Klimaschutzmanager wird Energieteamleiter.

Umsteigemöglichkeit Bahn/Bus/Fahrrad verbessern

Zur Verbesserung des intermodalen Umweltverbunds im Verkehr, d.h. der Benutzung verschiedener Verkehrsmittel, sind die Übergangsbeziehungen zu verbessern. Z.B. hat der Bahnhof keine Bushaltestelle, vorhandene Bushaltestellen bieten keine Möglichkeiten um Fahrräder sicher abzustellen.

Auch an touristischen Schwerpunkten scheinen³ ausreichend sichere Abstellanlagen, die möglicherweise auch noch mit Ladestation für Pedelecs, zu fehlen.

Elektromobilität

Die Gemeinde sollte ihrer Vorbildrolle gerecht werden und für Dienstfahrten ein Elektroauto beschaffen, das gegebenenfalls im CarSharing auch privat genutzt werden kann. Auch die Beschaffung von Elektrofahrzeugen für den Bauhof wird empfohlen.

Die Ladeinfrastruktur könnte gemeinsam mit den Betreibern von Landgasthöfen / Hotels geschaffen werden, die dadurch auch bei Übernachtungen profitieren (mögliche Standorte: Gemeindeverwaltung in Möser, Bahnhof Möser, Gemeindehaus Lostau, Hohenwarthe).

³ Dieser Punkt wurde nicht ausdrücklich untersucht, sondern gibt einen subjektiven Eindruck wieder (IGEK).